

Antragsteller/-in (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	Geburtsdatum*	Betriebsnummer 09
Ortsteil, Straße, Hausnummer	Telefon	Mobil-Telefon
PLZ, Ort	Fax	E-Mail

* Gründungsdatum bei Personengesellschaften bzw. juristischen Personen.

--------------	--

Eingangsstempel

Bayerische Landesanstalt
für Weinbau und Gartenbau (LWG)
An der Steige 15
97209 Veitshöchheim

Antrag auf Investitionsförderung (WBB)

nach den Durchführungsbestimmungen des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Bayerischen Programm zur Stärkung des Weinbaus – Teil B Investitionsförderung (WBB) vom 14.02.2019

Ich/Wir beantrage/n für die nachfolgend dargestellten Investitionen eine Förderung nach dem Bayerischen Programm zur Stärkung des Weinbaus – Teil B.

Dem Antrag habe(n) ich/wir die im beiliegenden Anlagenverzeichnis angegebenen Unterlagen Nachweise – soweit erforderlich – beigelegt.

Wichtige Hinweise:

Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn zum jeweiligen Antragsendtermin die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Zur Prüfung der Fördervoraussetzungen kann die Bewilligungsbehörde weitere Angaben und Unterlagen verlangen. **Unvollständig eingereichte Anträge müssen abgelehnt werden!**

A Angaben des Antragstellers/der Antragstellerin

1. Vorhaben

Kurze Erläuterung des geplanten Vorhabens:

Wird die Investition auch für Erzeugnisse verwendet, die nicht im Anhang VII Teil II der VO (EU) Nr. 1308/2013 (vgl. Merkblatt Bst. A.3) genannt sind?

nein ja wenn ja, Anlage „Erklärung über den Anteil von außerweingebäulichen Erzeugnissen“

Wird die Investition zumindest teilweise als bäuerliche, gastronomische Einrichtung genutzt? (z. B. bei einer Vinothek)

nein ja wenn ja, kurze Erläuterung (ggf. Beiblatt verwenden):

Dient die Investition der Verarbeitung oder Vermarktung von Erzeugnissen aus Drittländern?

nein ja wenn ja, Anlage „Aufstellung über die Verarbeitung oder Vermarktung von Erzeugnissen aus Drittländern“

Dient die Investition der Anpassung an bestehende rechtsverbindliche Standards?

nein ja

2. Rechtsform des Unternehmens

Einzelunternehmen

Personengesellschaft (z. B. GbR, KG, GmbH & Co. KG)

Rechtsform

Namen der Gesellschafter, deren berufliche Qualifikation und Gesellschaftsanteile in %:

Nr.	Name des Gesellschafters	Berufliche Qualifikation	Gesellschaftsanteil in %
1			
2			
3			
4			
5			

Juristische Person (z. B. GmbH, e. G., Stiftung)

Rechtsform

3. Unternehmenstyp

Der Antragsteller ist ein/eine: *(Bitte nur einen Unternehmenstyp auswählen)*

Weinbaubetrieb, der in der Erzeugung oder Vermarktung von Weinbauerzeugnissen gemäß Anhang VII Teil II der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 tätig ist

Unternehmen, das in der **Vermarktung von Weinbauerzeugnissen** gemäß Anhang VII Teil II der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 tätig ist bzw. tätig wird **und gleichzeitig**

Bewirtschafter oder Familienangehöriger ersten Grades (inkl. Ehepartner und Geschwister) eines Weinbaubetriebs mit folgender Betriebsnummer:

Weinerzeugerorganisation (z. B. Winzergenossenschaft)

Vereinigung von zwei oder mehr Erzeugern

Branchenverband

keiner der oben genannten Unternehmenstypen, sondern:

4. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Der Sitz meines Unternehmens bzw. einer meiner Betriebsstätten **und** der Standort der Investition liegen in Bayern

ja nein

Standort der Investition, falls dieser vom Sitz des Unternehmens abweicht:

 Ortsteil, Straße, Hausnummer

 PLZ, Ort

Mein Unternehmen befindet sich in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (vgl. Merkblatt Bst. A. 1).

ja nein

5. Angaben zur Unternehmensgröße

Die Angaben zur Unternehmensgröße erfolgen durch folgende Art der Erklärung (vgl. Merkblatt Bst. B.4.2):

einfache Selbsterklärung im Antragsformular

Aktuelle(n) Einkommenssteuerbescheid(e) des/der Eigentümer(s) bzw. Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens beifügen.

oder

Erklärung zur Unternehmensgröße

Für mindestens zwei Geschäftsjahre jeweils das Formular „Erklärung zur Unternehmensgröße“ beifügen.
 Die einfache Selbsterklärung im Antragsformular (siehe nächster Absatz) ist nicht erforderlich.

Einfache Selbsterklärung

Für das antragstellende Unternehmen und das/die ggf. verbundene(n) Unternehmen liegen laut dem letzten genehmigten Abschluss folgende Werte¹ zur Unternehmensgröße vor:

Unternehmen	Mitarbeiter	Jahresumsatz in EUR	Bilanzsumme in EUR
Antragstellendes Unternehmen			
_____ <i>Verbundenes Unternehmen (Name)</i>			
_____ <i>Eigentümer/Gesellschafter (Name)</i>			
_____ <i>Verbundenes Unternehmen (Name)</i>			
_____ <i>Eigentümer/Gesellschafter (Name)</i>			
_____ <i>Verbundenes Unternehmen (Name)</i>			
_____ <i>Eigentümer/Gesellschafter (Name)</i>			
Summe (Antragstellendes Unternehmen + verbundene Unternehmen)			

Auf Basis der für mein(e)/unser(e) Unternehmen ermittelten Werte, ist das antragstellende Unternehmen folgender Unternehmensklasse zuzuordnen:

Kleinstunternehmen, kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)

Das Unternehmen beschäftigt weniger als 250 Personen und der erzielte Jahresumsatz beträgt höchstens 50 Mio. EUR oder die Jahresbilanzsumme beträgt max. 43 Mio. EUR.

mittelgroßes Unternehmen (MU)

Das Unternehmen beschäftigt weniger als 750 Personen oder erzielt einen Jahresumsatz von weniger als 200 Mio. EUR.

¹ Es ist ausreichend, wenn die Angaben durchgängig nur zum Jahresumsatz oder der Bilanzsumme gemacht werden. Zu jedem verbundenen Unternehmen ist ein aktueller Buchführungsabschluss bzw. Einnahmen-Überschuss-Rechnung mit dem Antrag vorzulegen. Ggf. Beiblatt verwenden.

6. Unternehmenszahlen

Investitionskonzept

Das dem Antrag beigefügte Investitionskonzept entspricht meinen Angaben und wurde mir eingehend erläutert.

Ich bin mit den Kalkulationen, vor allem den wesentlichen Kennzahlen der Rentabilität, Stabilität und Liquidität (Gewinn, Eigenkapitalbildung, Kapitaldienst, Kapitaldienstgrenze) einverstanden. Die Angaben entsprechen meinen betrieblichen Gegebenheiten/Erwartungen.

Bestehende Verbindlichkeiten

Mein Unternehmen hat

keine Verbindlichkeiten über 10.000 EUR.

Verbindlichkeiten über 10.000 EUR. Ein Nachweis über alle bestehenden Verbindlichkeiten ist dem Förderantrag als Anlage(n) in Form von Bankbestätigungen (Formblatt „Zusammenstellung der vorhandenen Verbindlichkeiten“) beigefügt.

7. Investitionen

A	B	C	D
Investitionsobjekt	Voraussichtliche Gesamtausgaben (netto) in EUR	davon voraussichtlich förderfähige Ausgaben (netto) in EUR	Korrigierte förderfähige Ausgaben (netto) in EUR
1	Maschinen/technische Anlagen		
2			
3			
4	Summe der Investitionen (Summe Zeilen 1 bis 3)		
5	Nicht förderfähige Ausgaben (z. B. Grunderwerb)		
6	Gesamtausgaben (Summe Zeilen 4 und 5)		

8. Weitere öffentliche Fördermittel

Für das Vorhaben wurden und/oder werden weitere öffentliche Fördermittel beantragt?

nein ja

Wenn ja, folgende weitere Fördermittel wurden und/oder werden beantragt:

„kombinierte Vorhaben“ (EIF-DIV)

Sonstige:

9. Finanzierung

Außer den im Finanzierungsplan aufgeführten Fördermitteln wurden für das Vorhaben keine weiteren öffentlichen Fördermittel beantragt und werden auch keine beantragt.

Diese Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus:

Zuschuss für	mit einem Fördersatz von		Beantragte Förderung in EUR	Tatsächlich mögliche Förderung in EUR
Maschinen/technische Anlagen	25 % ²	20 % ³		
Summe der beantragten Zuschüsse				
Eigene Finanzierungsmittel				
Bargeld, Guthaben <i>(ab 50.000 EUR Bestätigung erforderlich)</i>				
Kapitalmarktdarlehen <i>(ab 50.000 EUR Kreditbereitschaftserklärung erforderlich)</i>				
Versicherungsleistungen: Brand, Inventar, andere				
Andere Finanzierungsmittel (z. B. Mittel von Dritten)				
Sonstiges				
Summe der eigenen Mittel				
Andere Finanzierungsmittel				
Zuschuss für „kombinierte Vorhaben“ (EIF-DIV)				
Sonstige Zuschüsse/öffentliche Fördermittel				
Summe weitere Zuschüsse				
Summe der Finanzierungsmittel <i>(muss mit den voraussichtlichen Gesamtausgaben von Bst. A.7 – Spalte B, Zeile 6 – übereinstimmen)</i>				

Ich verpflichte mich, eine eventuelle Differenz zwischen der beantragten Förderung und der von der EU gewährten Förderung durch zusätzliche Eigenbeteiligung zu decken.

² Bei Antragstellern, die zur Kategorie der KMU (Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen) zählen.

³ Bei Antragstellern, die nicht die KMU-Kriterien erfüllen, aber weniger als 750 Personen beschäftigen oder einen Jahresumsatz von 200 Mio. EUR nicht überschreiten (Mittelgroße Unternehmen).

B Erklärungen

Mir/Uns ist bekannt, dass

- kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Förderung besteht.
- mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. zur vollständigen Rückforderung der Förderung zu rechnen ist, wenn
 - die Förderung durch **unrichtige** oder **unvollständige** Angaben erwirkt wird,
 - nicht förderfähige Ausgaben geltend gemacht werden,
 - Mittel zweckwidrig verwendet werden,
 - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Förderung verstoßen wird,
 - oder ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt,
- der Subventionsbetrug gemäß § 264 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar ist und wegen Subventionsbetrug u. a. bestraft wird, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige, für ihn vorteilhafte Angaben macht oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt,
- subventionserheblich im Sinne von Art. 1 Bayerisches Strafrechtsausführungsgesetz alle Angaben im Förderantrag einschließlich der erforderlichen Anlagen sind mit Ausnahme der Angaben zu E-Mail, Telefon, Mobiltelefon und Fax sowie der Angaben im Anlagenverzeichnis zum Förderantrag,
- die Landwirtschaftsverwaltung verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetrugs begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen,
- die Bewilligungsbehörde, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschließlich seiner nachgeordneten Behörden und die Prüfungsorgane der Europäischen Union das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge (z. B. Mehrfachantrag) entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindung aufzubewahren. Längere Aufbewahrungsfristen nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.
- bei nicht baugenehmigungspflichtigen Anlagen, die Bestandteil des geförderten Vorhabens sind, die fachrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Datenschutzrechtliche Einwilligung

Ich stimme zu, dass die Landwirtschaftsverwaltung zur Bearbeitung und Kontrolle des Antrages Auskünfte einholen kann:

- bei der Finanzverwaltung über die Einkünfte des Betriebes sowie bei weiteren Behörden.
- bei der (Haus-)bank wegen evtl. bestehender Verbindlichkeiten, Guthaben, Wertpapieren, Bargeldnachweisen oder Kreditbereitschaftserklärungen.
- bei der Kreisverwaltungsbehörde in Zusammenhang mit der baurechtlichen Genehmigung.

ja nein

Die Zustimmung ist freiwillig. Wird die Zustimmung nicht erteilt, sind die entsprechenden Informationen vom Antragsteller/von der Antragstellerin beizubringen. Dadurch kann sich die Bewilligung des Förderantrags verzögern. Eine Bewilligung ohne Vorliegen der erforderlichen Informationen ist nicht möglich.

Von den **Verpflichtungen** und **Hinweisen** in den Merkblättern habe ich Kenntnis genommen.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Antrag und in den eingereichten Unterlagen richtig und vollständig sind.

Ort, Datum; ggf. Firmenstempel

Unterschrift Antragsteller/-in
Bei Personengesellschaften/juristischen Personen die mit der Geschäftsführung beauftragte Person.

Name(n) in Druckbuchstaben